Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 22. **Sonnabend, den 19. Februar 1910.** **38. Jahrgang.**

Erstes Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Annahme

der „Kamener Zeitung" befindet sich auch bei Herrn C. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses setzte Donnerstag die Beratung der Vorlage bei § 6, der von der

Einteilung in Stimmbezirke

handelt, fort. Die Nationalliberalen beantragten hierzu, die Drittelung der Wähler nicht in den einzelnen Stimmbezirken, sondern in Wahlbezirken vorzunehmen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wollen sie in Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern die Einteilung der Wähler einheitlich für die ganze Gemeinde vorschreiben. Der Antrag wird von einem nationalliberalen Redner damit begründet, daß das bisherige System der Drittelung in Stimmbezirken die allergrößten Ungleichheiten herbeigeführt habe. Diese Auffassung wird von freikonservativer Seite unterstützt, während das Zentrum sich dagegen erklärt. Ein konservativer Redner betonte, daß seine Partei eine endgültige Stellungnahme durch die bevorstehende Abstimmung nicht herbeiführen wolle. Ein Vertreter der Freisinnigen erklärte, daß diese hinsichtlich der Wirkungen der Bezirksdrittelung den Nationalliberalen nur durchaus zustimmen können. Der sozialdemokratische Redner erklärt, daß die Sozialdemokratie überhaupt heute nur die Möglichkeit habe, Vertreter in das Parlament zu senden, wenn die Bezirksdrittelung bestehen bleibt. Ein Regierungsvertreter erklärt, wenn die Regierung auch den Antrag bekämpfe, so erkläre sie doch, daß sie ihre Entscheidung erst fällen werde, nachdem das Abgeordnetenhaus über diese Frage entschieden hat. Nachdem die Nationalliberalen den ersten Teil ihres Antrages zurückgezogen, wird der zweite Teil gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freikonservativen abgelehnt. Zu Absatz 2 des § 6, der die sogenannte

Maximierung

enthält, und in dem bestimmt wird, daß, wenn der gesamte Steuerbetrag eines Wählers die Summe von 5000 Mark übersteigt, der Ueberschuß nicht angerechnet wird, liegt ein freikonservativer Antrag vor, der dem Absatz folgende Fassung geben will: „Uebersteigt die Einkommensteuer eines Wählers die Summe von 2000 Mk., so wird der Ueberschuß nebst den darauf fallenden Kommunalzuschlägen nicht angerechnet." Die Kommission beschließt gleichzeitig die Beratung des § 7 vorzunehmen, der von der Einteilung der Wähler in die einzelnen Abteilungen handelt. Hierzu beantragen die Nationalliberalen, daß die erste Abteilung mindestens ein Zehntel, die zweite mindestens zwei Zehntel der Wähler enthalten muß. Die Freisinnigen beantragen hierzu die Abänderung, daß der ersten Abteilung mindestens zwei Zehntel, der zweiten mindestens drei Zehntel der Wähler zugewiesen werden sollen. In der Debatte sprechen sich die Konservativen, Freikonservativen und das Zentrum gegen die Anträge aus. Ein Regierungsvertreter bekämpft die Liberalen Anträge mit der Begründung, daß es sich bei diesen nur um eine mechanische, nicht aber um eine organische Aenderung des Wahlrechts handele. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird der freisinnige Antrag gegen die fünf Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, der nationalliberale Antrag gegen die neun Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, der freikonservative Antrag gegen die vier Stimmen dieser Partei abgelehnt. — Eine kurze Debatte entspann sich hierauf noch über die Bestimmungen in Absatz 5 § 6, wonach dort, wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, an deren Stelle die vom Staate verlangten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern treten sollen. Die Bestimmung der Vorlage wird gegen die fünf Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen angenommen. Die Bestimmungen der Vorlage, wonach der anrechnungsfähige Gesamtsteuerbetrag jedes Wählers auf 5000 Mark nach oben begrenzt wird, wird mit allen gegen die vier Stimmen der Nationalliberalen angenommen. — Hierauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung

setzte die Kommission die Beratung der Vorlage bei den §§ 8, 9 und 10 fort, die gewissen Wählerkategorien nach Maßgabe ihrer Vorbildung der Stellung im öffentlichen Leben ein höheres Wahlrecht zuweisen wollen. Es liegt hierzu eine Reihe von Anträgen vor. Ein konservativer Redner betont, daß seine Partei an dem alten Grundsatz des preußischen Wahlrechts festhalte, daß das Maß des Wahlrechts durch das Maß der Leistungen, nicht aber durch persönliche Qualifikationen bestimmt werden soll. Die Staatsregierung vertrat die Ansicht, daß es zweckmäßig sei, neben der Steuerleistung andere Merkmale aufzustellen, die sich dem Kreise aller jener Persönlichkeiten entnehmen ließen, die dem Staate dienen. Diese Merkmale müssen aber bestimmt und unzweideutig sein. Das sei in den vorliegenden Anträgen nicht der Fall. Ein nationalliberaler Redner erklärte die Bestimmungen des Entwurfs über das höhere Stimmrecht für unannehmbar. Ein freisinniger Redner erklärt, daß es dem Standpunkt seiner Partei widerspreche, irgend ein höheres Stimmrecht an einzelne Kreise der Bevölkerung auszuteilen. Das Zentrum erklärt sich gegen die Bestimmungen der Regierungsvorlage wie gegen alle vorliegenden Anträge. Der sozialdemokratische und der polnische Vertretor sprechen sich aus grundsätzlichen Gründen gegen alle gemachten Vorschläge aus. Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurden die §§ 8, 9 und 10 sowie alle dazu vorliegenden Abänderungsanträge abgeändert. Für die Heraufhebung der akademisch gebildeten Kreise treten die 8 Stimmen der Nationalliberalen und Freikonservativen ein. Die Ablehnung der Vorschläge der Regierungsvorlage erfolgt einstimmig. — Nächste Sitzung Dienstag.

Der Reichskanzler und die Süddeutschen.

Die Ausführungen, die der Reichskanzler und Ministerpräsident in seiner Rede über die preußische Wahlreform gemacht hat, haben in Süddeutschland zu heftigen Angriffen gegen den Reichskanzler geführt. Demgegenüber wird in einer offiziösen Berliner Zuschrift der Süddeutschen Reichskorrespondenz auf den Wortlaut der betreffenden Stellen jener Rede hingewiesen. Danach hat Herr v. Bethmann-Hollweg es vollkommen berechtigt und begründet genannt, daß man sich in ganz Deutschland für das Schicksal der preußischen Wahlen interessiert. Er hat sich die Kritik aus dem Reich nicht verbeten und hat über Süddeutschland in Wendungen gesprochen, die das Gegenteil partikularistischer Engherzigkeit sind. Er bekennt sich ausdrücklich zum Föderativstaat, weil dieser allein den Gliedstaaten die Entfaltung ihrer Eigenart sichert. Er verlangt für Preußen die Erhaltung des Zusammenhangs mit der gesamtdeutschen Entwicklung; er will, daß Preußen seine Stärke dem Reiche dienstbar mache. Er fordert Achtung und Verständnis für „die besonderen politischen und Kulturwerte, die mittel- und süddeutsches Wesen geschaffen haben." Die offiziöse Zuschrift schließt mit folgenden Worten:

„Der Reichskanzler darf wohl beanspruchen, daß man die Erklärungen, die er als preußischer Ministerpräsident abgibt, im Reich genau zur Kenntnis nimmt. Hätte man dies in Süddeutschland überall getan, so wäre eine Resolution, wie die des Volksvereins Groß-Stuttgart, die „gegen die grundlose Beschimpfung der deutschen Südstaaten" durch Herrn von Bethmann-Hollweg protestiert, gar nicht möglich gewesen. Es liegt, nachdem der Reichskanzler als preußischer Ministerpräsident so entschieden auf die den nichtpreußischen Reichsteilen geschuldete Rücksicht hingewiesen hat, nicht der geringste Anlaß vor, in die Behandlung der preußischen Wahlrechtsfrage einen Gegensatz zwischen Nord und Süd hineinzutragen."

Herrn v. Bethmanns Stellung zur deutschen Landwirtschaft.

Bei dem am Mittwoch stattgefundenem Festmahl des deutschen Landwirtschaftsrats führte Graf Schwerin-Löwitz in seiner Festrede aus, daß die deutsche Hochschutzpolitik zugunsten des Grundbesitzers unserer Volkswirtschaft nicht bloß keine Nachteile, sondern im Gegenteil überall Nutzen gebracht habe und hatte der hohen, unvergeßlichen Verdienste des Fürsten Bülow um die deutsche Landwirtschaft gedacht. Er hatte daran die Hoffnung geknüpft, daß auch Herr v. Bethmann Hollweg in dieser nationalen Wirtschaftspolitik fortfahren werde. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg dankte für die freundliche Begrüßung und sagte: Für die vom Fürsten Bismarck inaugurierte und vom Fürsten Bülow fortgesetzte Wirtschaftspolitik bin ich in meinen bisherigen Aemtern so oft öffentlich eingetreten, daß es keiner Versicherung bedarf, daß ich an dieser Politik festhalten werde. Was der Landwirt in seinem Beruf jahraus jahrein haben muß: Unverdrossenheit, Ausdauer und Geduld, ist auch mir nötig wie das tägliche Brot. Zwischen Saat und Ernte liegt auch in der Politik eine lange Zeit, und wer bei schlechtem Wetter gleich das Vertrauen verlieren wollte, der taugte zum Staatsmann ebenso wenig wie zum Landwirt. Alle die Hagelschauer der Kritik, die auf mich niedersausen, machen mich nicht irre. Vor Ihnen, meine Herren, die Sie aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes, auch aus dem Süden, zusammengekommen sind, betone ich hier besonders gern die Pflicht gegen das Reich. Sie wissen, um die Angriffe besonders scharf und verletzend zu machen, stempelt man mich zum preußischen Partikularisten und sagt mir Mißachtung süddeutschen Wesens nach. Ich wüßte nicht, wie ich deutscher denken könnte, als, indem ich Preußens Beruf darin erblicke, sich selbständig zu erhalten, dann aber seine Stärke in den Dienst des Reiches zu stellen, und wenn ich neben der Eigenart Bayerns, Schwabens und Sachsens auch die Preußens als berechtigt hingestellt habe, so glaube ich, meine Herren, darin gerade von den deutschen Landwirten richtig verstanden zu werden. Möge die deutsche Landwirtschaft der deutschen Politik nicht nur Fleisch und Blut, sondern auch Männer darbringen, die, gesund an Leib und Seele, über ihren eigenen berechtigten Wünschen, über der Liebe zur engeren Heimat niemals die Pflichten gegen die Allgemeinheit und das große Vaterland vergessen. Dann wird auch die Reichsregierung ihre Arbeit für das Wohl der Landwirtschaft wie bisher mit Freudigkeit und voller Kraft in dem Bewußtsein tun können, damit nicht agrarische Sonderinteressen, sondern der Gesamtheit unseres gesamten Volkskörpers zu dienen. Der Reichskanzler schloß mit einem Hoch auf die deutsche Landwirtschaft. Die Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg wurde mit großem Beifall aufgenommen.

38. Haupt-Versammlung des deutschen Landwirtschaftsrats

Im Plenarsitzungssaale des Preußischen Herrenhauses trat der Deutsche Landwirtschaftsrat, die offizielle Vertretung der Deutschen Landwirtschaft, zu seiner 38. Hauptversammlung zusammen. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden, Grafen von Schwerin-Löwitz, der das Kaiserhoch ausbrachte, referierte zum ersten Punkt der Tagesordnung: Der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten, und die deutsche Landwirtschaft, Kammerherr von Kanitz-Podangen an der Hand folgenden Antrages: „Die auf Grund des Gesetzes vom 5. Febr. 1910 mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika getroffene Vereinbarung, betreffend die Anwendung der in Abschnitt 1 des amerikanischen Zolltarifgesetzes vom 5. August 1909 vorgesehenen Zollsätze auf die deutschen Einfuhrwaren, erscheint nicht ausreichend, um die Gefahren und Belästigungen abzuwenden, mit welchen die deutsche Exportindustrie infolge der vielfachen Zollerhöhungen des amerikanischen Tarifs und durch die Verschärfung der zugehörigen Verwaltungsvorschriften bedroht ist. Es wird eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung sein, auf eine Revision des amerikanischen Zolltarifgesetzes behufs Herstellung angemessener Zollsätze und Milderung der Verwaltungsvorschriften hinzuwirken." Graf Kanitz weist auf der Hand einer umfangreichen Statistik die stetig wachsende Unterbilanz der europäischen Staaten gegenüber Amerika nach. Diese Verhältnisse mußten schließlich zu einer kolossalen Bereicherung Amerikas führen und mit der wirtschaftlichen Suprematie Amerikas enden. Bei den letzten Unterhandlungen mit Deutschland stellten die Amerikaner verschiedene Forderungen auf, die sich nur als Beiwerk charakterisierten und die sie dann fallen ließen. Jedenfalls wird der Payne-tarif eine sehr schädliche Wirkung auf die Exportfähigkeit unserer Industrie haben. Im Jahre 1901 empfahl die Hamburger Landeskammer, falls die Amerikaner nicht einen Vertrag auf annehmbarer Grundlage schließen wollten, die amerikanischen Produkte mit Zuschlagszöllen zu belegen. Es ist zu bedauern, daß der alte trotzige Hanseatengeist, der damals noch einmal aufflackerte, jetzt der Vergangenheit angehört. Inzwischen ist der Staatssekretär des Innern, Delbrück, erschienen, der nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden die Versicherung abgibt, er werde alles tun, um das Zusammenarbeiten zwischen Reichsamt und Landwirtschaft im Interesse des gesamten Vaterlandes nutzbringend zu gestalten. Der Antrag Kanitz wird nach kurzer Debatte angenommen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Maßnahmen der deutschen Städteverwaltungen für die Fleischversorgung der Bevölkerung, Notierung der Schlachtvieh- und Fleischpreise waren zu Referenten bestellt von Stockhausen (Abgunst) und Direktor Süßkind (München). Beide legten gemeinsam eine Resolution vor, die den Kommunen verschiedene Einrichtungen verschlägt, vor allem eine einwandsfreie Preisnotierung, Ausschaltung des zu weitgehenden Zwischenhandels und eine ständige Kontrolle der Ladenpreise der Fleischer. Direktor Süßkind behandelte sein Thema vom Standpunkt der bayerischen Verhältnisse aus. — Nach einer Pause referierte Engelbrecht (Obendeich) über: „Kartographische Darstellung der Anbauverhältnisse des deutschen Reichs nach kleineren Bezirken." Domänenrat Rettich (Rostock) erstattete Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses für Handelsgebräuche. An letzter Stelle legte Geheimer Hofrat Professor Dr. Kellner (Möckern) den Bericht vor, über die vom Reichsamt des Innern unterstützten Fütterungsversuche. Der Vortrag bot lediglich fachwissenschaftliches Interesse. —

Deutschland.

— **(Fürstin Hermine zu Schaumburg †.)** Die Fürstin-Mutter Hermine zu Schaumburg-Lippe ist Mittwoch morgen um 9 Uhr in Bückeburg im Alter von 82 Jahren gestorben. Fürstin Hermine war die Witwe des 1893 verstorbenen Fürsten Adolf und Mutter des regierenden Fürsten Georg. Ihr jüngster Sohn, Prinz Adolf, ist mit der Schwester des Kaisers, Prinzessin Viktorie von Preußen, vermählt.

— **(Ende des deutsch-kanadischen Zollkrieges.)** Der kanadische Finanzminister hat am Dienstag im Parlament angekündigt, daß eine provisorische Regelung des Handelsverhältnisses zum Deutschen Reich bevorstehe. Ein allgemeiner Handelsvertrag werde wahrscheinlich folgen. — Das offiziöse „Wolff. Telegr. Bur." berichtet am Mittwoch über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Kanada, daß Kanada vom 1. März d. Js. ab gegen Gewährung von 25 Sätzen des deutschen Konventionaltarifs die seit dem Jahre 1903 von den deutschen Erzeugnissen in Kanada erhobene Surtax von 33 1/3 Prozent aufhebt. Diese Verständigung ist eine provisorische und dazu bestimmt, das Zustandekommen eines Handelsvertrages anzubahnen.

— **(Nächtliche Demonstrationen in Kassel.)** Dienstag nacht kam es aus Anlaß einer sozialdemokratischen Versammlung gegen die Wahlrechtsvorlage zu erregten Straßenkundgebungen in dem sonst sehr friedlichen Kassel. 5000 Personen zogen unter Absingung der Arbeitermarseillaise vom Gewerkschaftshaus über verschiedene Straßen nach dem Friedrichsplatz in der Nähe des Neuen Theaters, wo eine Ansprache gehalten wurde, der ein Hoch auf die Internationale folgte. Da die Demonstranten fortgesetzt durch Neugierige Zuzug erhielten, schritt die Polizei mit einem Aufgebot von etwa 300 Beamten gegen sie ein. Aus der Mitte der Demonstranten fielen vielfach Rufe wie „Bluthunde" usw. Eine ganze Anzahl junger Burschen wurde daraufhin sistiert, nach Feststellung ihrer Personalien aber wieder freigelassen. Die Demonstration dauerte etwa drei Stunden.

— **(Neue Krawalle in Neumünster.)** In Neumünster wurden Dienstag zwei Versammlungen abgehalten, in denen gegen das Vorgehen der Polizei am letzten Sonntag protestiert wurde. Die Versammlungen verliefen ruhig. Nach ihrer Beendigung versammelte sich vor dem Rathaus ein Trupp von etwa 150 jungen Burschen und verhöhnte die dort anwesende Polizeimannschaft. Der Kriminalkommissar Gusmann, der am Sonntag die Polizeimaßnahmen geleitet hatte, trat aus dem Rathaus, worauf gegen ihn Flaschen geschleudert wurden und auch ein scharfer Schuß abgegeben wurde. Der Kommissar requirierte eine Kompagnie Infanterie, und diese erschien kurz darauf vor dem Rathaus. Als nach mehrmaliger Aufforderung der Platz nicht geräumt wurde, schlug der Tambourmajor einen dreimaligen Wirbel. Das Militär pflanzte die Bajonette auf und die Gewehre wurden scharf geladen. Nach diesen Maßnahmen flüchtete das Publikum. In den Straßen gab es später noch viele Krawalle. Fensterscheiben wurden eingeschlagen und verschiedene Personen von der Polizei verwundet.

Ausland.

Italien.

— **(Torpedoboote ohne Schornstein.)** Der Schiffsingenieur Corradini erfand eine Einrichtung, die die Rauchfänge an den Torpedobooten

unnötig macht. Dadurch wird den feindlichen Schiffen der Hauptzielpunkt genommen. Der erste Versuch im Neapeler Hafen gelang vorzüglich.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

— **Kamen,** 19. Febr. **(Verschiedenes.)** Eine für die Stadtgemeinde wichtige Entscheidung hat kürzlich der preußische Kultusminister getroffen. Soweit Gemeinden, die mittlere Schulen unterhalten, auf Grund der ihnen durch das Gesetz vom 25. August 1909 eingeräumten Befugnisse der **Volksschullehrer-Alterszulagekasse** und der Ruhegehaltskasse beitreten, hat die Ruhegehaltskasse auch die bisher schon zahlbaren Ruhegehälter für Lehrpersonen, die an den angeschlossenen mittleren Schulen tätig sind, von dem Zeitpunkt des Beitritts an zu übernehmen.

Der Bürger-Schützen-Verein hält am Sonntag, den 20. Februar cr., nachmittags 5 Uhr, im Schützenhofe bei W. Reinhard seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. „Ergänzungswahl des Vorstandes" und sei hierzu bemerkt, daß nach dem Turnus ausscheiden: Der Oberst, der zweite Schriftführer, der Rendant, sowie die Hauptleute der 1. und 2. Kompagnie. Die Mitglieder des Bürger-Schützen-Vereins werden auf diese Generalversammlung hierdurch noch besonders aufmerksam gemacht.

In dem Prozeß des **Bergarbeiterverbandes gegen den Zechenverein** hat das Landgericht Essen folgenden Beschluß verkündigt: Es soll auf Antrag des Beklagten durch den Berichterstatter als beauftragter Richter der Schriftführer der Zeche, Trappe, dessen Adresse der Beklagte binnen zehn Tagen anzugeben hat, als Zeuge darüber vernommen werden: Ob der Kläger Voß im Mai 1908 am 5., 11., 21., 22., und 23. gefeiert habe, ob er sich am 19. und 23. der Wahrheit zuwider mit Krankheit seiner Frau entschuldigt hat und dann im Mai nicht mehr zur Arbeit gekommen ist, ob er dann am 16. Juni wieder 3 Schichte unentschuldigt gefeiert hat und ob er auch ein Angebot der Zeche, nach seiner Abkehr ihn wieder in Arbeit zu stellen, ausgeschlagen hat. — Der weitere Verhandlungstermin wird anberaumt auf den 16. März 1910, vormittags 9 Uhr.

(Warnung!) „In den letzten Jahren werden unter den verschiedensten Namen Mittel gegen Blutstockungen bei Frauen angekündigt und angepriesen. Eine Untersuchung einer Anzahl solcher Mittel hat nun kürzlich ergeben, daß sie die in den Anzeigen beigelegten Wirkungen nicht haben können, und daß ihr Wert den für sie geforderten hohen Preisen durchaus nicht entspricht, weshalb wir vor dem Ankauf derselben warnen."

Dortmund, 18. Februar. **(Verschiedenes.)** Wohl mit Rücksicht für die am nächsten Sonntag in Aussicht genommenen Straßenkundgebungen erläßt die Polizeiverwaltung folgende **Bekanntmachung:** Die in den letzten Tagen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei versuchten Straßendemonstrationen machen es erforderlich, daß ähnlichen unerlaubten Versuchen von Aufzügen oder Ansammlungen entgegengetreten wird. Dem Publikum wird daher im eigensten Interesse dringend angeraten, sich von derartigen Demonstrationen unbedingt fernzuhalten.

Die hiesige Polizei **verhaftete** gestern drei arbeitslose Leute, Gottlieb Meinerth, Josef Wilhelm und Paul Blumenraat, die regelmäßig die Brot- und Milchfuhrwerke bestahlen.

(?) **Bochum,** 18. Febr. **(Verhütung von Schachtunglücken.)** Anläßlich des Unglücks auf Zeche „Holland" hat Grubeninspektor a. D. Johann Schürmann-Bochum eine Erfindung zum Patent angemeldet, die nicht nur in Fachkreisen großes Aufsehen erregt, sondern auch für die Allgemeinheit von Interesse ist. Sie besteht in einem Verfahren beim Schachtabteufen, durch dessen allgemeine Einführung Unglücke, wie auf Zeche „Holland", völlig ausgeschlossen sind, da es den Verschütteten nach Einsturz des Schachtes die Möglichkeit gibt, sofort zu entkommen, nachdem es vorher eine Gefährdung des Lebens verhindert hat. Eine Essener Firma hat die Verwertung übernommen.

** **Bochum,** 18. Febr. **(Schlagwetterexplosion.)** Gestern vormittag entstand auf der Zeche „Hanibal", Schacht I, auf der 500 Meter-Sohle im Revier des Steigers Wachenfeld im Flöz 25 eine kleine Schlagwetterexplosion, wodurch der Steiger sowie 3 Arbeiter erheblich verbrannt wurden. Man war gerade damit beschäftigt, eine künstliche Bewetterung im Ueberhau einzubauen. Während der Arbeit sammelten sich in dem Ueberhau Schlagwetter, die durch eine angeblich beschädigte Grubenlaterne entzündet wurden. Die Verunglückten befinden sich im Bergmannsheil.

„—" **Duisburg,** 17. Febr. **Die ausständischen Hochofenarbeiter** der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

** **Bonn,** 17. Febr. **Die Suspension des Korps Borussia** ist laut Senatsbeschluß mit dem 28. Februar beendigt.

„—" **Aachen,** 17. Febr. **Das Schwurgericht** hat den Bergmann Franz Meinke aus Flatow, der zu Bleyerheide den Wirtssohn Baassen erschossen hatte, wegen vorsätzlicher Tötung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Stockholmer Vergiftungsaffäre.

Die Untersuchung in der gemeldeten Giftaffäre, die die Stockholmer Kreise so sehr beschäftigt, wird von der Polizei mit allem Eifer fortgesetzt, doch wird von dieser strengstes Stillschweigen beobachtet. Es verlautet, daß sie einige wichtige Anhaltspunkte erhalten hat. Welche von den Speisen das Gift enthalten hat, ist noch nicht festgestellt, doch sind die von der Gesellschaft übriggelassenen Speisen dem Königl. chemischen Laboratorium eingeliefert worden, um dort aufs genaueste untersucht zu werden. Der Zustand des erkrankten Reichsmarschalls Frhrn. von Essen ist noch immer sehr ernst, und er befindet sich immer noch in Lebensgefahr. Auch der Oberstatthalter a. D. Tamm und seine Gemahlin liegen schwerkrank danieder. Der Zustand des Oberstatthalters hat sich in der letzten Nacht noch verschlimmert. Unter den übrigen schwer erkrankten Gästen an der Mittagstafel befindet sich auch eine deutsche Dame, die mit einem schwedischen Offizier verheiratet ist, nämlich Frau Anna Wallenberg, eine geborene von Sydow. Sie liegt schwer krank darnieder, doch befindet sie sich außer Lebensgefahr.

*

Nach einer neueren Meldung ist anzunehmen, daß es sich bei den Vergiftungsfällen um kein Verbrechen handelt. Die Mittagsgesellschaft wurde bei dem früheren Oberstatthalter Tamm abgehalten, der ebenso wie seine Frau erkrankt und bettlägerig sind. Man glaubt, daß die Vergiftung von einer Gänseleberpastete herrührt. Reste dieser Pastete sollen jetzt untersucht werden. Alle Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Aus aller Welt.

— **Ein Gedenkstein an Kaiser Wilhelms Hilfe für Aalesund.** Wie aus Aalesund gemeldet wird, soll dort ein Bautastein (Denkstein) für Kaiser Wilhelm errichtet werden zur Erinnerung an das, was Kaiser Wilhelm nach dem Brande im Jahre 1904 für Aalesund getan. Das Denkmal soll aus einem Monolith von 6 Meter Höhe und einem Meter hohen Sockel bestehen. Der Monolith wird ein brozenes Reliefbild des Kaisers mit dem Reichswappen darüber erhalten. Die Fertigstellung des Denksteins wird ungefähr drei Monate in Anspruch nehmen.

*

Verunglückte Luftschiffer.

Ein deutscher Ballon ist Mittwoch mittag bei Kragerea in Norwegen im Drangedal niedergegangen. Die beiden Insassen fielen aus der Gondel, einer derselben wurde durch den Sturz verletzt und blieb liegen. Der andere Passagier suchte sich zu orientieren und traf auf einen Fuhrmann, den er durch Laute und Gebärden zu bewegen suchte, den Verletzten auf sein Gespann weiter zu befördern, doch glaubte der Landmann einen Geistesgestörten vor sich zu haben. Schließlich gelang es, den Mann zu bewegen, mit seinem Fuhrmann zu dem Verwundeten zu fahren, und man brachte ihn auf einen Bauernhof, wo er sich in ärztlicher Behandlung befindet. Der Ballon soll, wie verlautet, zwei Tage und eine Nacht unterwegs gewesen sein.

Nach den an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen sind die beiden Insassen des im Wald bei Drangdal im südöstlichen Norwegen niedergegangenen Ballons Deutsche. Der Führer des Ballons heißt Hermann Rudolf aus Berlin, der Passagier Donath. Dieser erlitt mehrere Verletzungen an den Hüften und am Rücken, der Führer trug einen Rippenbruch davon. Der Ballon war Dienstag morgen 7 Uhr in der Nähe von Dresden aufgestiegen, schwebte um 8 Uhr morgens über Berlin, erreichte nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr Rügen und passierte abends 6 Uhr Kopenhagen. Bald darauf geriet der Ballon im Kattegatt in einen furchtbaren Schneesturm, der ihn mit großer Schnelligkeit über das Kattegatt und das Skager Rack nach Norwegen führte. Mittwoch vormittag schwebte der Ballon über dem Walde von Drangedal, wo der Führer das Ventil öffnete, um eine Landung zu versuchen. Dabei schlug der Ballon mit so großer Heftigkeit auf den Boden auf, daß die Insassen sich die angegebenen Verletzungen zuzogen. Donath ist so schwer verletzt, daß er wahrscheinlich längere Zeit in Norwegen wird zubringen müssen. Rudolf wird nach Deutschland abreisen.

*

— **Ein Grubenunglück.** Auf der belgischen Grube „Berleur" wurden durch ein Unglück, dessen Ursache noch nicht aufgeklärt ist, vier Bergleute getötet und drei verletzt.

*

Den Fluten entronnen.

Der einzig Ueberlebende von der Katastrophe des „General Chanzy" ist Mittwoch morgen, von Barcelona kommend, in Marseille eingetroffen. Am Bahnhofe erwarteten ihn zahlreiche Journalisten, welche ihn über seine Erlebnisse ausfragten. Baudez, welcher als ein sehr energischer junger Mann auftritt, erzählte noch einmal die Einzelheiten seiner wunderbaren Rettung. Er wurde von den Journalisten, sowie von dem Generaldirektor der Schiffahrtsgesellschaft lebhaft beglückwünscht. Er stattete alsdann der Schiffahrtsgesellschaft einen Besuch ab und erklärte neuerdings, daß die Katastrophe auf eine Explosion zurückzuführen sei. „Meine Rettung verdanke ich," so fügte er hinzu, „meiner Geistesgegenwart, welche mich veranlaßte, einen Rettungsgürtel um mich zu nehmen und angesichts der drohenden Gefahr, von den Wellen fortgespült zu werden, über Bord zu springen!" Baudez stattete hierauf dem Zollamtschef, seinem direkten Vorgesetzten, einen Besuch ab. Dieser versprach, ihm einen anderen Posten, als den in Algier, für den er ausersehen war, zu besorgen. Baudez antwortete, es mache ihm nichts aus, sich auch auf diesen Posten zu begeben; er hege keine Furcht vor einer neuen Ueberfahrt. Darauf mußte er mit den Journalisten in die verschiedenen Zeitungsredaktionen fahren, wo er von neuem über seine Erlebnisse und seine wunderbare Rettung erzählen mußte. Abends erfolgte seine Abreise nach Paris.

*

— **Schiffsunglück.** Der der Ostasiatischen Compagnie in Kopenhagen gehörige Dampfer „Cambodia", 3331 Tonnen groß, mit Stückgut und Holzladung von Frederikstad nach Südafrika unterwegs, ist bei Hesnaes in Norwegen gestrandet und untergegangen. Dreizehn Mann der Besatzung sind von dem norwegischen Dampfer „Aktiv" gerettet worden, ein Boot mit 16 Mann wird vermißt.

— **Wieder ein Drama auf dem Meere.** Aus Lorient wird berichtet: Das Sturmwetter dauert an. Ein unbekanntes Fahrzeug ist an der Mündung des Trinete-Flusses gesunken. Die Besatzung ist umgekommen.

— **Sieben Mann ertrunken.** Im Hafen von Aviles prallte der Fischdampfer „Sultan" infolge hoher See gegen einen Felsen und wurde zerschellt. Von den neun Mann der Besatzung ertranken sieben.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau. H = Hirsch's Bureau. ≡ = Privattelegramm.

Die österreichisch-russische Annäherung gescheitert.

H **Berlin,** 18. Febr. Dem „Lok.-Anz." wird aus Wien berichtet: Wie verlautet, sind die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Rußland auf dem toten Punkt angelangt, so daß wenig Aussicht vorhanden ist, in absehbarer Zeit zu einer Verständigung in der Balkanpolitik zu kommen.

Zum Diebstahl im Weinhaus „Rheingold".

H **Berlin,** 18. Febr. Nach langwierigen Ermittelungen ist es der Polizei nunmehr gelungen, die aufsehenerregende Einbruchsaffäre in das Weinhaus „Rheingold" aufzuklären. Unter dem dringenden Verdacht, die 23 000 ℳ aus dem Geldschrank entwendet zu haben, wurde gestern abend der Geschäftsführer Felix Krieger verhaftet. Kr. bestreitet trotz vieler sehr belastender Momente jede Schuld. Er behauptet nach wie vor, von dem Verbleib des auf so geheimnisvolle Weise verschwundenen Geldes keine Ahnung zu haben.

Blutiger Zusammenstoss zwischen Versammlungsteilnehmern und Polizei.

H **Frankfurt** (Main), 18. Febr. Die Sozialdemokraten veranstalteten gestern abend in verschiedenen Stadtbezirken 5 Versammlungen, in denen die Uebergriffe der Polizei am letzten Sonntag scharf zurückgewiesen wurden. Während die Versammlungen ruhig verliefen, kam es später auf der Zeil, wo sich große Menschenmengen angesammelt hatten, zu schweren Exzessen zwischen Polizei und Publikum. Wie dies geschah, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Ein Schutzmann erhielt von einem Mann einen Dolchstich in die Lunge und gab darauf 5 Revolverschüsse auf die Menge ab, durch die mehrere Personen verletzt wurden. Ein 30jähriger Mann erhielt einen Schuß in die Lunge, eine Frau zwei Schüsse in den Oberschenkel, ein Mann ebenfalls einen Schuß in den Oberschenkel. Einem Kriminalschutzmann wurde Pfeffer in die Augen geworfen. Er griff zum Revolver und feuerte mehrere Schüsse in die Menge ab. Aus der Menge heraus wurden Steine auf die Polizei geschleudert. Es soll auch geschossen worden sein. Wiederholt stürmte die Schutzmannschaft mit blanker Waffe auf die Menge ein und drängte sie in die Nebenstraßen zurück. Um Mitternacht war auf der Zeil noch lebhafte Bewegung.

Sensationelle Wendung in der Hofrichteraffäre.

H **Wien,** 18. Febr. Eine der wichtigsten Fragen der Untersuchung gegen Hofrichter, die der Giftbeschaffung, wurde, wie offiziös behauptet wird, nach den bisherigen Erhebungen nunmehr vollständig geklärt. Angeblich wurde im Vorjahre, als der Konflikt mit Serbien unvermeidlich schien, den Kommandeuren der in Bosnien und der Herzegowina zusammengezogenen Regimenter Cyankali mit der Weisung des Kriegsministeriums zugeschickt, dasselbe im Falle des Ausbruchs des Konflikts, an die ins Feld ziehenden Offiziere zu verteilen, damit diese es, falls sie in Gefangenschaft geraten, im Notfalle zu Selbstmordzwecken benutzen könnten. Das Gift wurde auch der 13. Gebirgsbrigade, der Hofrichter zugestellt war, in einem bestimmten Quantum übersandt. Es soll sich jetzt herausgestellt haben, daß Hofrichter, der mit der Verteilung des Giftes betraut war, nicht das ganze Quantum versandt, sondern eine bestimmte Menge zurückbehalten hat. Dieses Gift soll vollkommen luftdicht verpackt gewesen sein, so daß es sich sehr lange Zeit gebrauchsfähig erhielt. Die Untersuchung soll weiter ergeben haben, daß der Gattin Hofrichters indirekt die Schuld an dem Verbrechen ihres Mannes zuzuschreiben ist. Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen soll sie sehr ehrgeizig gewesen sein und es nicht haben überwinden können, zeitlebens simple Offiziersfrau zu bleiben, ohne daß in Bälde ihr Mann in den Generalstab berufen würde.

Explosion an Bord eines französischen Schiffes.

H **Paris,** 18. Febr. Im Hafen von Brest erfolgte gestern an Bord des Dampfers „Jeanne d' Arc" eine Explosion von Zelluloid. Der Kapitän und ein Schiffsjunge wurden getötet, zwei Matrosen so schwer verletzt, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung ins Hospital starben. Der Segler hatte Petroleum und Zelluloid an Bord. Ein Matrose war mit offenem Licht in den Schiffsraum gestiegen. Die Explosion erfolgte mit großer Heftigkeit und war weithin hörbar.

Sturm auf den britischen Inseln.

H **London,** 18. Febr. Infolge des Heranahens von drei Sturmzentren vom Atlantischen Ozean herrscht in ganz England ein heftiger Orkan, der bereits eine Anzahl Menschenleben gekostet und viel Schaden angerichtet hat. Im Hafen von Dover wurde ein Boot des Kriegsschiffes „Leda" umgeweht. Ein Matrose ertrank bei Cloney. Eine Maschine mit zwei Wagen wurde von den Schienen geblasen und stürzte den Bahndamm hinab. In Manchester und Liverpool wurde die große Fußball-Tribüne niedergerissen. In Belfast und Stockport wurden mehrere Personen durch herabfallende Ziegelsteine verletzt. In Liverpool erschlug eine umgewehte Mauer ein Schulmädchen. Im Birmingham stürzte ein großer Schornstein um.

Die Rettung der Schiffbrüchigen des Dampfers „Lima."

H **Newyork,** 18. Febr. In Quellon in Chile ist ein chilenischer Schleppdampfer eingetroffen. Er berichtet, daß der Kreuzer „Ministro Zenteno" am Dienstag 88 Passagiere und Leute des gestrandeten Dampfers „Lima" in der Huamblin-Passage der Magellanstraße gerettet habe. 205 Passagiere waren vorher von dem Dampfer „Hatumet" gerettet worden. Die Zurückgelassenen hatte der Dampfer nicht mehr aufnehmen können. Die Geretteten waren 12 Tage hindurch der bittersten Not ausgesetzt und daher auf den Tod erschöpft.

Spielplan des Dortmunder Stadttheaters

Sonntag, den 20. Februar. Nachmittags-Vorstellung zu volkstümlichen Preisen. Anfang 3 Uhr. Hasemann's Töchter. Volksstück in 4 Aufzügen von Adolf L'Arronge. — Abends 7½ Uhr. Opernpreise. Zum 3. Male. Im Paradiese Mahomets. Operette in 3 Aufzügen von Robert Planquette (Komponist der „Glocken von Corneville").

Montag, den 21. Februar. Anfang 7½ Uhr. Schauspielpreise. Serie A, Nr. 38, grüne Karten. Zum 3. Male. Odiese Leutnants. Lustspiel in 3 Aufzügen von Curt Kraatz.

Dienstag, den 22. Februar. Anfang 7½ Uhr. Volksvorstellung bei aufgehobenem Abonnement. Jahreskarten giltig. Ermäßigte Preise. Zum 5. Male. ☞ Mit vollständig neuer militärischer Ausstattung. ☜ Ein Herbstmanöver. Operette in 3 Aufzügen von Emmerich Kalman.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer, Kamen.



Die rechnende Hausfrau

will ein tägliches Getränk für die Familie haben, das erstens billig, zweitens aber auch ganz unschädlich und wohlschmeckend ist. Kathreiners Malzkaffee ist erstaunlich ausgiebig und billig, enthält keinen einzigen schädlichen Bestandteil und hat aromatischen Wohlgeschmack.

1444

Man verlange ausdrücklich MAGGI's WÜRZE mit dem Kreuzstern



Altbewährt! Unerreicht!

255

Roxflämm

mit Brut vernichtet radikal Rademachers Goldgeist. Patentamtl. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Reinigt d. Kopfhaut von Schuppen, befördert d. Haarwuchs, verhütet den Zuzug v. Parasiten. Wichtig f. Schulkinder. Flasche 50 Pf. Erhältl. in Drogerien und Apotheken. Wo nicht erhältlich, gegen Eins. v. 50 Pf. direkt v. ail. Fabrik. Rademacher & Co., Siegburg. Um sich v. minderw. Nachahm. zu schützen, achte man b. Einkauf auf d. u. Nr. 75198 patentamtl. eingetr. W.-Z. „Goldgeist".

116

Statt Karten!

Die Verlobung unserer Tochter ELISABETH mit dem Oberlehrer Herrn WILLI MERTEN beehren wir uns anzuzeigen.

Kamen, den 19. Februar 1910.

Rektor Kiel u. Frau
Toni geb. Bote.

Meine Verlobung mit Fräulein ELISABETH KIEL, Tochter des Herrn Rektors Kiel und seiner Frau Gemahlin Toni geb. Bote, zeige ich hiermit ergebenst an.

Kamen, den 19. Februar 1910.

Willi Merten
Oberlehrer.

266



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, gestern abend 10½ Uhr unsere liebe Mutter, Schwieger-, Gross- und Urgrossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Wwe. Joh. Heinr. Biermann

Wilhelmine geb. Steinhoff

im Alter von 75 Jahren nach längerem Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Overberge, den 17. Februar 1910.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 1½ Uhr vom Sterbehause aus statt. 263



Heute Nachm. 4 Uhr verschied nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater, Urgrossvater, Schwager und Onkel

August Möllenhoff

im 85. Lebensjahr.

Im Namen der Hinterbliebenen

Apotheker Eugen Wortmann u. Frau
Helene geb. Möllenhoff.

Wiesbaden, Alexanderstr. 15, 16. Febr. 1910. 258

Bekanntmachung.

Die Wahlperiode der Repräsentanten der Synagogengemeinde

1. Lederhändler **Albert Aronheim** (verstorben),
2. Viehhändler **Hermann Lifmann,**
3. Metzger **Adolf Sternberg,**
4. Viehändler **Salomon Stern,**

sowie Stellvertreter

1. Metzger **Benjamin Kaufmann,**
2. Viehhändler **Philipp Nathan,**
3. Pferdehändler **Lucas Reinberg,**

läuft Ende dieses Monats ab.

Termin zur Wahl der hiernach erforderlichen Ergänzung der Repräsentation der Synagogengemeinde habe ich auf Dienstag den 22. d. Mts., vormittags 11½ Uhr im Beratungszimmer im Rathause anberaumt, wozu die Gemeindemitglieder hierdurch eingeladen werden.

Kamen, den 16. Februar 1910.

Der Bürgermeister: v. Basse.

Persil



gibt blendend weisse Wäsche, ersetzt die Rasenbleiche und spart Zeit, Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf, auch der seit 34 Jahren weltbekannten

Henkel's Bleich-Soda

144

Mobiliarverkauf

Kamen.

Donnerstag, den 24. d. Mts., morgens 9¼ Uhr beginnend, läßt Frau Wwe. Pferdehändler Jos. Jacobi hier wegen Verkleinerung des Haushalts folgende, ihr entbehrlich gewordene Gegenstände, als.

1 zweit. Kleiderschrank, 1 Leinenschrank, 1 Leder ofa, 2 Tische, einige Stühle, eine 1½ schläf. Bettstelle mit Matratze, 1 Topfschrank, 1 Schiebkarren u. 1 eis. Bettstelle, ferner mehr. Bettwerk, 1 Schaffellfußsack, 2 Pferdedecken, verschied. Säcke und allerlei sonstige Sachen

an ihrem Hause, **Burgstraße Nr. 24** hierselbst, durch Unterzeichnete öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.

Kamen.

Reinhard, Gerdts,
262 Aukt.

Holzverkauf

Rünthe.

Herr Gutsbesitzer Schulze-Wedeling in Rünthe läßt am **Montag, den 21. d. Mts., morgens 10 Uhr,** in seiner Waldung in Overberge (Erlentiefen)

ca. 70 Nummern starkes, Tannen Durchforstungsholz, zu Grubenholz, Drahtpfählen, Frechtungsstangen und Brennholz

nummerweise meistbietend gegen Kredit verkaufen.

Heil. 219

Th. Brüggemann,
Aukt.

Holz-Verkauf

Heil.

Mittwoch, d. 23. d. M., morgens 10 Uhr,

läßt Herr Middelschulte in Heil in seiner Heide, dicht an der Hamm-Osterfelder Bahn:

35 Haufen schönes Eichen-Durchforstungsholz, zu Drahtpfählen, Frechtungsstangen, Gerüsthebel und Brennholz, sowie 2000 schöne Bohnenstangen und 15 Haufen Börden

öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen. 245

Heil.

Th. Brüggemann
Aukt.

Ein Junge

von 16 bis 20 Jahren als **Fuhrknecht** gesucht. 244

Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Zu Ostern **mehrere**

Lehrmädchen

gesucht. 259

Jettchen Mayer,
Husen, alte Apotheke.

Einfaches

Mädchen,

welches melken kann, für kinderl. Haushalt zum 1. April gesucht. 229

Vorstellung Sonntag den 20. Februar nachmittags.

Kamen, Nordstr. 31 II.

Suche auf bald ein junges evangl.

Mädchen

14—16 Jahre, zur Erlernung des Haushalts als Stütze der Hausfrau gegen Vergütung und bei Familienanschluß. 265

Angebote unter Nr. **265** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

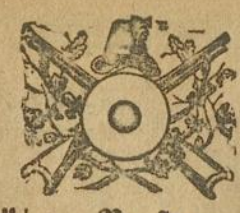
Ein tüchtiges, propres

Dienstmädchen

zum 15. März gesucht. 271

Näh. in der Geschäftsst. d. Z.

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche m14 Vakanzen-Post" Eßlingen 2.



Schützen-Versammlung

Weddinghofen.

Am **Sonntag den 20. Febr.,** nachm. 4 Uhr, beim Wirt Herrn H. Spielhoff.

Tages-Ordnung:

1. Verding der Restauration.
2. Büchsen- u. Böllerschießen.
3. Lieferung des Vogels.
4. Lieferung der Mützen u. Hüte.
5. Abholen u. Wegbringen der Musik.
6. Vergebung d. Trommelns.
7. Vergebung des Doktorpostens. 270

Der Vorstand.

Oberaden-Methler!



Am **Dienstag, den 1. März** eröffne ich im Saale des Herrn J. Wensmann in Oberaden u. am **Mittwoch, d. 2. März** im Saale des Herrn W. Lunke in Methler einen

Tanz- und Anstands-Kursus

für Kinder und Erwachsene.

Unterrichtsstunden von 4½—6½ u. von 8—10 Uhr.

Hochachtend 257

A. Herzog.

Lerche-Overberge!



Donnerstag, d. 24. Febr., eröffne ich im Lokale des Wirts Herrn H. Keitmann u. am **Dienstag, den 1. März,** im Lokale des Wirts Herrn H. Klose einen

Tanz- und Anstandskursus.

Unterrichtsstunden für Kinder von 5—7, für Erwachsene von 8—10 Uhr. 251

Hochachtend

Carl Büscher.

PIANOS

u. Flügel in altbewährter Güte, IBACH-PIANOLA-PIANOS d. h. IBACH Pianinos mit eingebautem Klavierspielapparat, Pianolas mit Themodist und Metrostyle, sowie Harmoniums, empfiehlt in reicher Auswahl zu bequemen Bedingungen

Rud. IBACH Sohn

Kais. u. Königl. Hof-Flügel- und Pianino-Fabrik, gegr. 1794

Barmen
Neuerweg 40

Bei Kauf, Miete, Umtausch, Reparatur oder Stimmung wende man sich an die mehr als hundertjährige Erfahrung des durch vier Generationen bestehenden Hauses

IBACH

130



Billige böhmische Bettfedern!

10 Pfund: neue gute M 8.—, bessere M 10.—, weisse daunenweiche M 15.—, M 20.—, schneeweisse daunenweiche M 25.—, M 30.—. Versand franko, zollfrei, per Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme gegen Portovergütung gestattet. Auf Wunsch sende Muster gratis u. franko.

Benedikt Sachsel, Lobes 118
6923 bei Pilsen, Böhmen.

Kamen. Aula des Realprogymnasiums.

Am Mittwoch den 23. Februar cr., abends 8 Uhr:

II. Klavier- u. Kompositions-Abend

von F. Ohrmann.

Mitwirkende:

Herr Konzertmeister **H. Schmidt-Reinecke** (Violine), **Dortmund.**

Herr Opernsänger **H. Theurer** (Tenor) vom Stadt-Theater zu **Dortmund.**

Herr Konzertsänger **F. Müermann** (Bass) **Hagen.**

Programm:

Klavierkompositionen von Reger, Richard Strauss, Grieg.

Violinkompositionen von Ohrmann.

Lieder von Wolff und Ohrmann.

Karten a 1.50 Mark bei den Herren Felting, Holtmann, Matthiä und an der Abendkasse. i272



Am Sonntag den 20. d. Mts.
findet in meinem Lokale
Großes
Bockbierfest
— statt. —

Die Musik wird ausgeführt von der
Original-Bauern-Kapelle „Edelweiß."

Anfang 3 Uhr nachmittags.

Punkt 10 Uhr Preisverteilung:

1. **1 Flasche Kognak demjenigen, der die längste Zigarre raucht.**
2. **1 Flasche Kognak demjenigen, der am schnellsten eine Nähnadel einfädelt.**

Münchener Bedienung.

Es ladet freundlichst ein 268

W. Nagel.



Hüte!

Die allerletzten und schönsten Neuheiten

empfiehlt 269

in großer Auswahl

W. Liesegang,
METHLER.

C. Holtmann, Kamen

Bahnhofstr. 58.

Einrahmungen
von
Bildern, Brautkränzen etc.
Grosses Lager in
Rahmen u. Leisten.

Anfertigung von 190
Drucksachen aller Art.

Nur für kurze Zeit

zu sprechen!

Berühmter Bild- und Handliniendeuter,

Kind einer Zigeunerfamilie, der alle Geheimnisse deutet und Blicke in die Zukunft hineinwirft. Bei Wirt 267

Wwe. Bunghardt,
Bahnhofstraße 40.

Wie süss

sieht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und ein reiner, zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt:

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul
Preis á St. 50 Pf., ferner macht der
Lilienmilch-Cream Dada
rote und spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei
W. Felting, C. Müller jr., H. Thiel. 253

3-20 Mk. täglich können Personen jed. Stand. verdien. Nebenverdienst durch Schreibarbeit, häusl. Tätigkeit, Vertretungen usw. Näher. **Erwerbszentrale** in Frankfurt a. M. m254

Agent ges. z. Cigarr.-Verk. a. Wirte 2c. Verg. ev. 250 Mk. mon. 157m H Jürgensen & Co., Hamburg 22.

Marktpreise.

Neuß, den 18. Febr. 1909.

Produktenbörse.

Weizen	100 Kilo	22,00	21,40
Roggen	„ „	16,20	15,20
Hafer	„ „	15,50	14,50
Gerste	„ „	14.50	—,—
Kartoffeln	50 „	3,00	2,70
Heu	„ „	5,00	4,50
Luzerne-Heu	„ „	5,50	—,—
Maschinenstroh	500 „	22,00	—,—
Flegeldrusch	„ „	24,00	—,—
Kleien	50 Kilo	6,20	—,—
Rüböl in Partien v. 100 Ztr.	100	57,50	—,—
do. faßweise	100 Kilo	59,50	—
gereinig. Oel	„ „	60,50	—,—
Rübkuchen	1000 Kilo	106,00	—,—
in klein. Part.	„	110,00	—,—
Raps		00,00	00,00

F. C. Meermann
:: Kamen. ::

Zur **Konfirmation** und **Kommunion!!**

Kommunion-Kränze

70 Pf. 90 Pf. 1.20 1.50
1.80 2.25 2.65 2.85

Engel-Kränze

rosa, blau und weiss

35 Pf. **45** Pf. **55** Pf.

Regenschirme

schwarz und mit farbigem Rand

2.50 2.95 3.50

und höher.

Schwarze Kleiderstoffe

Reinw. Cheviot	gute Qualität	Meter	95 Pf.
Reinw. Cheviot	„ „	Meter	1.20
Reinw. Cheviot	„ „	Meter	1.45
Reinw. Cheviot	solide Qualität	Meter	1.75
Reinwoll. Cheviot	„ „	Meter	1.90
Reinwoll. Satintuch	solide Qual.	Met.	1.95
Reinwoll. Satintuch	„ „	Met.	2.15
Reinwoll. Satintuch	„ „	Met.	2.70

Wäsche

Mädchen-Hemden	1.30	1.10	**95** Pf.
Mädchen-Beinkleider	1.55	1.45	**1.30**
Mädchen-Feston-Röcke	2.50	1.75	**1.45**
Knaben-Hemden	1.75	1.40	**1.30**
Knaben-Chemisetts	60 und		**50** Pf.
Knaben-Kragen	40 und		**35** Pf.
Knaben-Krawatten	schwarz 55	50	**48** Pf.
Knaben-Manschetten	50 und		**40** Pf.

Glacéhandschuhe Paar Mk. **1.40** und **1.30**

Taschentücher zur Einsegnung, in allen Preislagen.

Besonders preiswert:

Ein grosser Posten farbige Kleiderstoffe

bedeutend unter Preis.

260

Westfälische Kreditanstalt Kamen

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien

Bahnhofstr. 47. **Telefon 62.**

Eröffnung laufender Rechnungen
mit und ohne Kreditgewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln, Kupons u. ausgelosten Wertpapieren.
Einlösung von Domizil-Wechseln.

An- und Verkauf fremder Geldsorten, Aufbewahrung, Verwaltung u. Beleihung von Wertpapieren,
Ausstellung von Kreditbriefen.
Ausführung von Börsenaufträgen
für sämtliche Börsen des In- und Auslandes.

An- und Verkauf von Kuxen, Obligationen und Aktien ohne Börsennotiz.

Provisionsfreier Check-Verkehr, Annahme von Spar-Einlagen.

Safes.

207

Wegen Neubau

befindet sich mein **Pelzwaren-, Hut-, Mützen-** und **Schirm-Geschäft**

Bahnhofstraße 55.

Stets das Neueste in
Seidenhüten, Filzhüten, Mützen.

Gleichzeitig empfehle: **Spazierstöcke, Tornister** (echt Leder), **Hosenträger, Turner-Gürtel, Portemonnaies, Kämme, Kleider-** und **Kopfbürsten, Taschenspiegel, Taschenmesser, Leinen-** und **Papierwäsche, Schlipse, Glacee-** und **Winter-Handschuhe.**

Anfertigung von Vereinsmützen jeder Art.
Reparaturen an Schirmen und Stöcken billig.

L. Kosanetzky,

KAMEN, Bahnhofstrasse 55.

!187

Turner-Feuerwehr. Kamen.

Am **Montag d. 21. Febr., abends 8½ Uhr:**

Gesamtübung.

252 **Der Brandmeister.**

Kirchliche Nachrichten.

Größere ev. Gemeinde.
Sonntag Reminiscere, 20. Febr. 1910.
Morgens 10 Uhr: Hauptgottesdienst
Pastor Philipps.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Pastor Philipps.
5 Uhr: Abendgottesdienst.
Pastor Tummes.

Evangelisch-lutherische Kirche.
Sonntag Reminiscere, 20. Febr. 1910.
Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst.
Pastor Ewald.
2 Uhr: Kindergottesdienst.

Nordberg.
Sonntag den 20. Febr.
Morg. 10 Uhr: Hauptgottesdienst.
11²⁰ Uhr: Kindergottesdienst.
Freitag den 25. Februar,
7 Uhr: Passions-Gottesdienst.
Pfr. Lohmeyer.

Vereine und Versammlungen.
(Gemeindehaus der größ. Gemeinde.)
Männer- u. Jünglingsver.
Sonntag 8 Uhr: Versammlung.
Dienstag 8 Uhr: Spielabend.
Donnerst. 9 Uhr: Bibelstunde.
Freitag 8 Uhr: Posaunenstunde.
Jungfrauen-Verein.
Sonntag 4 Uhr: Versammlung.
Mittwoch 8 Uhr: Unterhaltung.
Blau-Kreuz-Verein.
Sonntag 6 Uhr: Bibelstunde.
Dienstag 8¼ Uhr: Bibelbesprechstde.
Freitag 8¼ Uhr: Gebetsstunde.
Evangel. Vereinshaus für Stadtmission. (Rottumerstr. 7.)
Sonntag 4 Uhr: Bibelstunde.
Montag 8 Uhr: Bibelbesprechstunde.
Freitag 8 Uhr: Gebetsstunde.
Versammlungen in Overberge.
Sonntag 2 Uhr: Kindergottesdienst in der neuen Schule.
Donnerstag 5 Uhr: Bibelstunde in der neuen Schule.
Büscherstiftung in Bergkamen.
Sonntag 1½ Uhr: Kindergottesdienst.
Mittwoch den 23. Februar.
Nachm. 2 Uhr: Frauenverein.

Ohlendorff's Peru-Guano

„Füllhornmarke"

hat sich als Kopfdünger vorzüglich bewährt.

170

Haben Sie Bedarf

in Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Briefumschlägen, sowie Drucksachen irgend welcher Art ::

so wenden Sie sich an die **Buchdruckerei** 185

Friedr. Matthiä, **: KAMEN : Weststr. 10.**

Sie finden dort eine **reichhaltige u. moderne** Musterauswahl sowie prompte und preiswerte Bedienung. :: ::

Visitenkarten, Verlobungsanzeigen, Hochzeitseinladungen, sowie Todesanzeigen u. Totenzettel werden sofort nach Bestellung angefertigt.

Gartenland

am **Kichhofsweg** zu verpachten. 250

Frau Friedrichs,
Kirchstraße 10.

Kommisbrot

ca. 8 Pfd. schwer
per Stück **1.—** Mk.

Friedr. Bussmann,
Kaiserau.

256

Für den Vertrieb ei. bedeutenden Konsum-Artikels werden tüchtige

Vertreter

h174

an allen Plätzen gesucht. Herren, w. i. Wirtekreisen gut eingeführt sind, bevorzugt. Offert. u. P. 286 Haasenstein & Vogler, A.-G., Hannover.

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

(Zweites Blatt)

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 22. Sonnabend, den 19. Februar 1910. 38. Jahrgang.

Es geht zu Ende

mit unserem

Total-Ausverkauf

und werden von heute ab die noch vorrätigen Waren zu jedem nur eben **annehmbaren Preise** abgegeben, da wir unter allen Umständen das Lokal räumen müssen. Es sind noch vorhanden:

Herren- und Knaben-Anzüge und -Paletots, Konfirmanden-Anzüge, Lodenjoppen, Knabenblusen und -Hosen, Damen- und Kinder-Mäntel, Kostümröcke, Blusen, Regenschirme, Unterröcke, Schürzen, Tischdecken, Bettdecken, Gardinen, Gardinenborden, Bettbarchend, Bettfedern, Leinen, Kleiderkattun, weiße durchbrochene Stoffe, wollene Kleiderstoffe in allen Farben, Sammete, viele Baumwollwaren, Kleider-Seide, Blusen- und Besatz-Seide, Besatzstoffe und Kurzwaren, Damen- und Kinder-Hemden, blaue und graue Jacken und Hosen, Bettvorlagen, Teppiche, viele nicht benannte Sachen, Bettstellen und Matratzen, Schränke, Tische, Flurgarderoben, Eisenbettstellen und viele andere Sachen.

Alle Artikel werden zu solch **fabelhaft billigen Preisen** verkauft, wie dies unter normalen Umständen gar nicht möglich ist.

2641

Kamen. **Gebrüder Kaufmann.**

Städt. par. Töchterschule zu Kamen.

Das neue Schuljahr beginnt Mittwoch den 13. April 1910, morgens 8 Uhr.

Die Aufnahmeprüfung

findet statt am **Dienstag den 12. April cr., morgens 9 Uhr.**

Die Anmeldungen neuer Schülerinnen bitte ich bis zum 1. April mündlich oder schriftlich besorgen zu wollen.

Sprechstunden: Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends von 12—1 Uhr.

Zur Aufnahme-Prüfung ist mitzubringen: a) Geburtsurkunde. b) Impfschein. c) Das letze Schulzeugnis.

Kamen, den 15. Februar 1910.

Kiel, Rektor.

Herzogl. Baugewerkschule Holzminden.

Errichtet 1831 — Hochbau — Verpflegungs-Anstalt — Tiefbau — Direktor L. Haarmann

Sommerunterricht 2. April. — Reifeprüfung. — Winterunterricht 15. Oktober.

13100

Gärtnerei!

Anfänger hält sich bestens empfohlen in

Kranzbinderei, sowie Anlegen und Instandhalten von Hausgärten. ::

Achtungsvoll **Ernst von der Heide,**

221 Westentor.

Fr. Matthiä

KAMEN

Weststraße Nr. 10.

Buch- und Papier-Handlung

Büro-Artikel

Galanterie- und Lederwaren.

Buchbinderei.

Spezialität:

Bilder-Einrahmungen unter Garantie für absol. Staubsicherheit.

Größte Auswahl Bilder, Bilderleisten u. Rahmen jeder Art.

Prompte Bedienung

Billigste Preise.

191

Gesangbücher, Bibeln, Konfirmations-Karten und -Geschenke

empfiehlt in reichster Auswahl

C. H. Betzler,

Buchhandlung. i261

Eine in der Nähe Essens neuerbaute 186

Schankwirtschaft

ist wegen anderer Beschäftigung zu verkaufen. Nebenmiete 1500 Mk. Auskunft erteilt

Herm. Hülsebusch,

Borbeck, Spediteur.

Der Toleranzantrag im Reichstage.

Zur Beratung stand der Initiativantrag des Zentrums, der Reichskanzler möge darauf hinwirken, daß Beschränkungen der Religionsfreiheit, soweit solche in den Bundesstaaten bestehen, auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigt werden. Hierzu lag ein sozialdemokratischer Zusatzantrag vor, daß aus der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft keine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte abgeleitet, kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zum Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe, und daß zum Austritt aus einer Religionsgemeinschaft eine kostenlose schriftliche oder mündliche Erklärung vor dem Amtsgericht zu genügen habe.

Abg. **Fürst zu Löwenstein** (Ztr.):

Selbst die Gegner der vom Zentrum wiederholt eingebrachten gleichartigen Anträge haben deren Grundgedanken, die Notwendigkeit der Beseitigung der religiösen Unduldsamkeit, als berechtigt anerkannt. Auf dem Boden unseres Antrages können alle Parteien zusammenstehen. Einen solchen Boden aber bietet der sozialdemokratische Zusatzantrag nicht. Lassen wir uns auf eine Diskussion dieser Zusatzforderung ein, so kommen wir in die alten Kämpfe hinein. In der alten Rumpelkammer der einzelstaatlichen Gesetzgebungen liegt noch so viel Perückenstaub, daß wir immer wieder ihre Fenster weit aufreißen müssen. Die Verfassungsbestimmungen Sachsens über die Klöster und die religiösen Gemeinschaften bedeuten für die Katholiken eine schwere Kränkung. In Mecklenburg, wo die katholische Kirche fast rechtlos war, ist seit 1903 einige Besserung eingetreten, ebenso in Braunschweig, das früher den meisten Anlaß zu Beschwerden bot. Doch ist noch mancher Anlaß zu Beschwerden vorhanden. Im heutigen deutschen Einheitsstaat sind konfessionelle Einschränkungen in den Einzelstaaten nicht mehr angezeigt. Niemand von uns will eine Störung des konfessionellen Friedens. Der Reichstag wird sich selbst konsequent bleiben, wenn er unsern Antrag einstimmig annimmt.

Geh. Legationsrat Boden,

braunschweigischer Bundesrats-Bevollmächtigter:

Trotz seiner abfälligen Kritik über die Verhältnisse in Braunschweig hat der Vorredner anerkannt, daß die Lage der Katholiken bei uns in vielen Punkten besser geworden ist. Es mag sein, daß früher hier und da die Gesetze mit einer gewissen Unbilligkeit gehandhabt worden sind. Es ist aber eine Tatsache, daß auf dem Gebiete des religiösen Kultus Differenzen zwischen Regierung und der Kirche jetzt überhaupt nicht mehr bestehen, nachdem einmal die alten Bestimmungen durch neuere Gesetze ersetzt sind. Die braunschweigische Regierung ist bestrebt, frei von Engherzigkeit die Katholiken gerecht, loyal und entgegenkommend zu behandeln, selbstverständlich im Rahmen des Gesamtinteresses des Staates, aber ebenso im Interesse der anderen Konfessionen. Es ist nicht richtig, daß bei uns in Braunschweig die Lage der Katholiken irgendwie ungünstiger sei wie in einem anderen deutschen Bundesstaat. Wir können deshalb einer Revision der Gesetzgebung nicht zustimmen.

Abg. **Winckler** (Kons.):

Wir wünschen die volle Entfaltung der religiösen Kräfte angesichts des um sich greifenden Materialismus. Wo noch Schranken bestehen, mögen sie fallen, aber unter freier Entschließung der betreffenden Einzelstaaten. Hier muß sich der Reichskanzler jeder Einwirkung auf die Einzelstaaten enthalten. Wir wollen nicht den Reichskanzler in der Lage sehen, daß er an ein Tor klopft, dessen Oeffnung ihm versagt wird.

Abg. **Lic. Everling** (natlb.):

Wenn man vom Reichskanzler eine Intervention verlangt, muß man doch erst wissen, ob solche Beschränkungen bestehen. (Lachen im Zentr.) Was man in Mecklenburg an der inzwischen ergangenen Verordnung auszusetzen haben würde, wüßte ich nicht. Die evangelische Bevölkerung Mecklenburgs bringt den zwei Prozent Katholiken die größte Sympathie entgegen, ebenso leiden die Klagen über Braunschweig an der handgreiflichsten Uebertreibung. In Sachsen ist die Gesetzgebung geradezu mustergültig, namentlich herrscht in Friedhofsangelegenheiten volle Parität, während in Elsaß-Lothringen seitens der katholischen Kirche die Andersgläubigen tief verletzt werden. Zu einer Aufsicht über die kirchliche Gesetzgebung der Bundesstaaten ist der Reichskanzler nicht befugt. Die bayerische Volksseele könnte ins Kochen geraten, wenn der Ministerpräsident des protestantischen Preußens sich in die bayerischen Kirchensachen mischen wollte. Was das Zentrum als Beschränkung der religiösen Freiheit ansieht, das scheint anderen als eine nötige Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts. Wir lehnen die Resolution ab. Wer aber behauptet, daß wir darum Gegner der reliösen Freiheit seien, sagt eine bewußte Unwahrheit.

Abg. **Müller** (Frs. Vpt.):

Wir haben stets die Anschauung vertreten, daß eine Politik kleinlicher Verfolgungen auf religiösem Gebiete verwerflich ist. Freidenker sollen ebenso behandelt werden wie die Anhänger der anderen religiösen Gesellschaften. So lange die Kirche vom Staate alimentiert wird, muß sie sich auch eine Staatsaufsicht gefallen lassen. Wenn dem Antrage stattgegeben wird, ist zu befürchten, daß die konfessionellen Gegensätze nur noch verstärkt werden. Jeden Eingriff in die Kirchenhoheitsrechte der Bundesstaaten lehnen wir entschieden ab.

Abg. **Dr. David** (Soz.):

Für eine wirklich bewußte Bedrückung der Katholiken hat Fürst Löwenstein kein Beweismaterial beibringen können. Der Zentrumsantrag zum Umsturzgesetz, wonach öffentliche Leugner des Daseins Gottes oder der Unsterblichkeit der Seele mit Zuchthausstrafe bestraft werden sollten, hat einen Blick in die Seele des Zentrums tun lassen. Im Rufe nach freier religiöser Betätigung wird man uns stets an der Seite des Zentrums finden. Wir erheben aber die Kardinalforderung, daß die Schule von konfessionellen Einflüssen frei sein muß. Mit diesem Vorbehalt stimmen wir für den Zentrumsantrag. Unserem Zusatzantrag müßte das Zentrum, wenn es seinen früheren Beschlüssen treu bleiben will, ebenfalls zustimmen.

Abg. **Frhr. v. Gamp** (Rpt.):

Die Reichspartei lehnt jede Beschränkung der religiösen Freiheit ab, soweit sie nicht durch die Rücksicht auf den konfessionellen Frieden und die Wahrung allgemeiner staatlicher Interessen geboten ist. Etwaige Beschränkungen der religiösen Freiheit aufzuheben, ist Sache der Landesgesetzgebung. Dem Reichskanzler die Initiative auf religiösem Gebiete zuzuweisen, hält die Reichspartei für bedenklich und wird deshalb gegen den Antrag stimmen.

Abg. **Dr. Frhr. v. Hertling** (Ztr.):

Den Grundgedanken des Antrages billigt man, und doch will man ihn nicht annehmen. Man polemisiert nicht gegen unseren Antrag, sondern gegen das, was man sich dabei dahinter denkt. Wir wollen nichts, als was der Antrag besagt: Beseitigung der einzelstaatlichen Einschränkungen; von klerikalischen Herrschaftsgelüsten ist nicht die Rede. Für den sozialdemokratischen Zusatzantrag können wir nicht stimmen.

Sowohl über den Zentrumsantrag wie über den sozialdemokratischen wird Freitag namentlich abgestimmt werden.

Nach Ablehnung eines Vertagungsantrages ging das Haus zur Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aenderung der Paragraphen 114a ꝛc. der Gewerbeordnung über, und überwies die Vorlage nach kurzer Debatte der Kommission für das Hausarbeitsgesetz.

Die Budgetkommission über den Werftbetrieb.

Die Budgetkommission des Reichstags führte Donnerstag die Aussprache über die Organisation des Werftbetriebes fort. Im Laufe der Sitzung hielt der Oberwerftdirektor von Wilhelmshaven einen langen informierenden Vortrag. Auf freisinniger Seite erklärte man sich durch die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs über die Kieler Verhältnisse nicht für befriedigt. Man habe keine Reformvorschläge gehört und der Schuldige sei noch nicht gefunden. Im vorigen Jahre habe der Staatssekretär gesagt, unleidlich würde die Sache erst sein, wenn man die Vergehen bulde, und jetzt bestraft man sie nicht. Der Staatssekretär erwidert, die Reformfrage habe mit der Bestrafung der Schuldigen nichts zu tun. Die Sache sei der Staatsanwaltschaft übergeben, mit dem weiteren Verfahren habe die Marineverwaltung nichts zu tun. Von sozialdemokratischer Seite werden auch in bezug auf die Werften in Wilhelmshaven und in Danzig Angaben gemacht, wonach ähnliche Sachen wie in Kiel auch dort passiert seien. Die Anzeigen der Arbeiterausschüsse habe man abgewiesen. Auf Grund des vom sozialdemokratischen Redner unterbreiteten Materials stellt die Marineverwaltung Ermittlungen an. Die gründliche Prüfung der sozialdemokratischen Angaben wird im weiteren Verlaufe der Aussprache für dringend erforderlich erklärt.

Eine längere Aussprache findet dann noch über die Art der Erledigung der Kieler Angelegenheit statt. Man verlangt mindestens eine disziplinarische Bestrafung des verantwortlichen Beamten. Der Justitiar des Reichsmarineamts bezieht sich auf das Beamtengesetz; danach könne man gegen den Beamten nicht vorgehen, weil er weder gewissenlos gewesen sei, noch sich unwürdig gezeigt habe. Sein Fehler liege in der falschen Beurteilung seiner Untergebenen. Auch diese Erklärungen werden von Mitgliedern der Kommission für ungenügend erklärt. Zur gewissenhaften Amtsausübung gehöre auch die Kontrolle. Bestraft habe man durch Versetzung die Staatsanwälte, die doch eigentlich nicht schuld hätten, da man ihnen das Material in roher, ungenügender Form gegeben habe.

Nach Beendigung der Aussprache werden von dem angeforderten Werftpersonal eine Reihe von Beamten: drei Konstruktionssekretäre, neun technische Sekretäre und ein Werkmeister gestrichen. Der geforderte Gewerberat wird bewilligt.

Der Resolution der Sozialdemokraten auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission stimmen außer den Antragstellern nur die Polen zu. Auch die freisinnige Resolution wird abgelehnt mit 14 gegen 12 Stimmen gegen Freisinnige, Zentrum und Sozialdemokraten.

Zur Lage in Preußen.

Wenn auch die Kommission, welche im preußischen Abgeordnetenhause zur Bearbeitung der Wahlrechtsvorlage eingesetzt ist, eben erst zusammengetreten ist, so sind in ihr doch bereits einige Vorkommnisse zu verzeichnen, welche immerhin ein Schlaglicht auf die ganze Situation werfen, wenngleich das definitive Schicksal des Entwurfes natürlicherweise noch immer in tiefes Dunkel gehüllt ist. Zunächst hat sich ergeben, daß für die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes, wie sie von der äußersten Linken angestrebt wurde, keinerlei Geneigtheit vorherrscht, denn der auf Einführung des gleichen Wahlrechts ausgehende Antrag der Freisinnigen wurde in der Kommission mit ganz beträchtlicher Mehrheit abgelehnt. Man will also an einer Abstufung der Wähler festhalten, und in dieser Hinsicht dürfte die Regierung im Prinzip wenigstens kein Fiasko erlebt haben. Der springende Punkt der ganzen Situation bildet aber die Stellung zur Stimmabgabe. Die Kommission hat mit 2 Stimmen Mehrheit sich für die geheime Wahl entschieden, nur die Konservativen und die Freikonservativen traten für die Beibehaltung der öffentlichen Wahl ein, während Zentrum, Nationalliberale und Linke sich auf das entschiedenste hiergegen aussprachen. Dadurch ist die innerpolitische Situation zweifellos komplizierter geworden, nachdem die Regierung nicht nur schon im Plenum, sondern noch in der Kommission sich ausdrücklich auf das allerentschiedenste gegen die Einführung der geheimen Stimmabgabe erklärte. Wie sich in dieser Hinsicht die Dinge schließlich gestalten werden, läßt sich indessen heute in keiner Weise übersehen, denn es ist noch nicht ausgemacht, ob die geheime Wahl auch im Plenum eine, wenn auch nur geringe Mehrheit auf sich vereinigen wird. Den Konservativen und Freikonservativen fehlen nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit, und wenn auch, wie es heißt, einige ganz vereinzelte Konservative und Freikonservative für die geheime Stimmabgabe eintreten wollen, so wird man abwarten müssen, ob die Anhänger der geheimen Stimmabgabe soviel Mann werden aufbringen können, um den Kommissionsbeschluß aufrecht zu erhalten. Aber selbst dann ist noch keineswegs etwas erreicht, man muß mit dem Herrenhaus rechnen, und hier dürfte angesichts der Haltung der Regierung wohl kaum eine Mehrheit für die geheimne Stimmabgabe zu finden sein. Daß der Vorlage auf ihrem Wege noch mancherlei Klippen drohen, zeigt auch die Haltung der Konservativen in der Frage der direkten Wahl. Von Seiten der Rechten ist in der Kommission beantragt worden, es bei der jetzigen indirekten Wahl zu belassen, während sämtliche übrigen Parteien für die Regierungsvorlage eintraten.

Deutschland.

— **(Der Kaiser erkrankt.)** Der Kaiser, der schon Mittwoch an einer Erkältung litt, sollte der Donnerstag-Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats beiwohnen. Der Vorsitzende Graf Schwerin-Löwitz teilte jedoch bei Eröffnung der Sitzung mit, daß der Kaiser durch Erkältung am Erscheinen verhindert sei und daß vom Oberhofmarschallamt folgendes Telegramm eingelaufen sei: „Se. Majestät der Kaiser müssen wegen leichter Erkältung das Zimmer hüten und bedauern aufrichtig, der Sitzung des Landwirtschaftsrats nicht beiwohnen zu können. Ob dies Sr. Majestät, dem Kaiser am Freitag möglich sein wird, erscheint zweifelhaft. Graf Eulenburg."

Zu der Erkrankung des Kaisers erfährt das „Berl. Tagebl." an bestunterrichteter Stelle: Der Kaiser leidet lediglich an leichten Erkältungserscheinungen, wie sie bei der augenblicklich herrschenden Witterung häufig vorkommen. Dennoch hat der Kaiser, um einer Erkrankung vorzubeugen, das Zimmer zu hüten und sich Beschränkungen aufzuerlegen, zumal die Unpäßlichkeit bereits seit drei Tagen besteht. Es sind deshalb auch für die nächsten Tage alle Audienzen und Besuche bis auf weiteres abgesagt worden. Der Kaiser hat das Schloß in den letzten drei Tagen nicht verlassen. Dagegen haben in dieser Zeit täglich die gewohnten Vorträge und Empfänge stattgefunden.

— **(Reichstagsneuwahlen 1911.)** Wie verlautet, mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Reichstag im Frühjahr 1911 aufgelöst werden wird, so daß die Neuwahlen etwa im Juni stattfinden könnten. Es wäre dann der Termin für die Neuwahlen wieder erreicht, der schon 1893, 1898 und 1903 festgesetzt worden war und der sich zweifellos aus Witterungs- und aus gesetzgeberischen Gründen am besten dafür eignet. Es spricht alles dafür, daß die jetzige Session im Frühjahr nicht geschlossen, sondern vertagt wird und daß im kommenden Winter alle in die Kommissionen verwiesenen Gesetze, sowie der neue Etat aufgearbeitet werden und dann der Schluß der Legislaturperiode eintritt. Die Parteien haben allen Grund, ihre Wahlvorbereitungen zu treffen.

— **(Die Handwerkskammern zur Wahlrechtsvorlage.)** Eine von der Handwerkskammer zu Berlin nach Berlin berufene außerordentliche Konferenz der preußischen Handwerkskammern, die von 22 Kammern besucht war, nahm unter Anwesenheit mehrerer Abgeordneter zu der Wahlrechtsreform Stellung. In einer Resolution wird die Forderung aufgestellt, auch die Vorstände einer Handwerkskammer einer höheren Abteilung zuzuweisen, ebenso alle Handwerker, die mit einem Einkommen von mehr als 1500 ℳ zur Staatseinkommensteuer veranlagt und seit mindestens 10 Jahren im Besitze des Meistertitels sind. Weiter bittet die Konferenz die Staatsregierung, eine Vertretung des organisierten preußischen Handwerks im Herrenhause in Erwägung zu ziehen.

— **(Massenmeeting in Breslau.)** Anstelle des verbotenen Wahlrechtsumzuges genehmigte der Polizeipräsident den Sozialisten ein nächsten Sonntag nachmittag im Vorort Poepelwitz abzuhaltendes Massenmeeting im Garten des Etablissements „Letzter Heller", wobei 6 Redner gleichzeitig sprechen werden. Bei schlechtem Wetter finden in zehn Sälen Versammlungen statt. Die Demokratische Vereinigung suchte die polizeiliche Genehmigung zu einem Straßenumzuge am 27. Februar nach wozu sämtliche liberale und sozialistische Vereine Einladungen erhalten sollen. Die Genehmigung steht noch aus.

— **(Die Schiffahrtsabgaben.)** Entgegen anderweitigen Meldungen teilt der Schwäb. Merkur in Stuttgart mit, daß die Verhandlungen über die Schiffahrtsabgaben mit dem Auslande erst eingeleitet werden sollen, wenn die Frage im Deutschen Reiche ihre Erledigung gefunden hat. Inzwischen sträubt sich das Ausland sehr entschieden gegen das deutsche Projekt. Der mährische Landtag nahm eine Resolution an, in welcher die Regierung aufgefordert wird, unter keiner Bedingung die Aufhebung der freien durch internationale Verträge garantierten Elbschiffahrt zuzulassen und unter keinem Vorwande der Erhebung von Abgaben auf der Elbe, deren Einführung Deutschland zum Schaden der Industrie und des Handels von Oesterreich beabsichtige, zuzustimmen.

— **(Der Verband sächsischer Industrieller gegen die Schiffahrtsabgaben.)** Hirsch's Telegraphisches Bureau meldet: Der Verband sächsischer Industrieller hielt heute in Dresden unter Beteiligung von über 300 sächsischer Industriefirmen seine achte Hauptversammlung ab. In der Mitgliederversammlung wurde bezüglich der Schiffahrtsabgaben folgende Resolution einstimmig angenom- „Die heutige Hauptversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller erhebt nochmals entschieden Einspruch gegen die von preußischer Seite geplante Aenderung der Reichsverfassung zur Herbeiführung der Möglichkeit der Erhebung von Schiffahrtsabgaben. Sie erachtet es dem Geiste der Reichsverfassung widerstrebend, wenn bedeutende Bundesstaaten des Reiches durch Mehrheitsbeschluß majorisiert werden sollten, namentlich, wenn es sich um Wirtschaftsgebiete, wie das sächsische, handelt, dessen Bedeutung innerhalb der deutschen Volkswirtschaft weit über das dem Königreich Sachsen zugestandene Stimmenverhältnis im Bundesrat hinausgeht, und das seine künftige wirtschaftliche Entwickelung gefährdet sehen müßte, wenn die bisherige Abgabenfreiheit der deutschen Ströme aufgehoben werden soll. Die Versammlung vertraut der Weitsicht der deutschen Volksvertretung, daß sie ihrerseits unter Würdigung der wirtschaftlichen und nationalen Tragweite der Frage der geplanten Aenderung der Reichsverfassung ihre Zustimmung nicht geben wird. Der sächsischen Regierung spricht die Versammlung Dank und Anerkennung für die entschiedene Vertretung der sächsischen Wirtschaftsinteressen in dieser Frage aus."

— **Generalleutnant a. D. v. Bernhardi** ist am Dienstag zu Charlottenburg im Alter von 88 Jahren gestorben.

— **(Der Fall Dammann erledigt.)** Nachdem die „Nordd. Allg. Ztg." festgestellt hat, daß die Vorwürfe, die Dr. Wirth in der „Rhein.-Westf. Ztg." wegen der Haltung des Auswärtigen Amtes im Falle Dammann erhob, unzutreffend sind, erklärt jetzt der Bruder des Ermordeten, auf den sich Dr. Wirth berufen hatte, er bedauere seine Mitteilung an Dr. Wirth, wonach keine Entschädigung gezahlt worden sei. Er habe aber in gutem Glauben gehandelt, denn er habe von seiner Familie auf direkte Anfrage leider keine Nachricht über die Auszahlung der Entschädigung bekommen. Daraufhin hat auch Dr. Wirth der „Rh.-W. Ztg." geschrieben, daß er die Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt nicht aufrecht erhalten könne.

— **(Arbeiterausschüsse in Staatsbetrieben.)** Im Abgeordnetenhaus hat das Zentrum einen Antrag eingebracht, worin die Staatsregierung ersucht wird, die Ausschüsse der im Staatsdienst beschäftigten Handwerker und Arbeiter, soweit diese dem zu erlassenden Arbeitskammergesetz nicht unterstellt werden, organisch dahin auszubauen, daß ihnen die friedliche, aber freie Vertretung der Interessen der Handwerker und Arbeiter der Staatsbetriebe gewährleistet wird.

— **(Ein neues Zeugniszwangsverfahren gegen einen Redakteur.)** Nach der „Frkf. Ztg." verhängte der Untersuchungsrichter der Disziplinarkammer Nürnberg für nichtrichterliche Beamte über den Redakteur Stelzner vom „Nürnberger Anzeiger" eine Geldstrafe von 50 ℳ, eventl. eine fünftägige Haft, weil er im Disziplinarverfahren gegen den Postsekretär Wild die Aussagen darüber, wer den am 15. Juli 1909 in dem genannten Blatte erschienenen Artikel „Inquisition" verfaßt habe, sowie darüber, ob und in welchem Umfange Postsekretär Wild an der Abfassung und Veröffentlichung dieses Zeitungsartikels beteiligt sei, verweigert habe.

Ausland.

Holland.

— **(Der Kaiserbrief.)** Der frühere Gesandte und Mitglied der Ersten Kammer van Heckeren, der das Märchen von dem Kaiserbrief in der Ersten Kammer aufgetischt hat, erklärt in einem Schreiben an die Erste Kammer, der frühere Ministerpräsident Dr. Kuyper habe ihm persönlich während seiner Ministertätigkeit Mitteilung davon gemacht, daß der Brief geschrieben worden sei. Dr. Kuyper habe bereits früher ein Dementi, allerdings ein sehr gewundenes, ergehen lassen.

Griechenland.

— **(Abdankungsabsichten des Königs Georg?)** Nach diplomatischen Nachrichten aus Athen tritt dort mit Bestimmtheit das Gerücht auf, König Georg habe die im Auslande weilenden Prinzen zu einem Familienrat nach Athen berufen.

Russland.

— **(Der Gesundheitszustand der Zarin.)** Von bestinformierter Seite wird dem „Berl. L.-A." aus Petersburg geschrieben: Das Befinden der jungen Kaiserin beginnt zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß zu geben. Sie leidet seit einiger Zeit unter Herzaffektionen, Spasmen und Krämpfen, die tagelang andauern und leicht zu einer Krisis führen können. Zuweilen läßt das Leiden völlig nach, die Kaiserin ist dann in guter Stimmung. Während der Anfälle überkommt die Patientin fast völlige Apathie, und sie will dann niemand, auch nicht ihre nächste Umgebung, sehen. Anscheinend ahnt sie den Ernst ihres Zustandes und versinkt daher mehr und mehr in Melancholie. Von einer geistigen Zerrüttung, wie sie anderweitig gemeldet wird, kann aber nicht im entferntesten die Rede sein.

— **Die Reichsduma** beriet in der Mittwoch-Abendsitzung eine Interpellation betreffend die ungesetzmäßige Verfügung des Militärgouverneurs im Amurbezirk, der am 10. Februar den Kornhändlern verboten hat, Korn bei Bauern anzukaufen, die nicht Scheine der Militärintendantur vorzeigen könnten, daß sie die Lieferung für die Krone übernommen hätten. Die Interpellation wurde einstimmig angenommen. Namens der Regierung erklärte der Gouverneur des Polizeidepartement die Verfügung des Gouverneurs sei am 12. Februar der Regierung bekannt geworden. Diese habe sogleich den Generalgouverneur befragt, der geantwortet habe, die Verfügung sei als ungesetzmäßig schon aufgehoben. Auf Antrag der Oktoboisten, die die Energie der Regierung zu schnellem Eingreifen hervorhob, beschloß die Duma einstimmig die Erklärung der Regierung für befriedigend zu erachten. Die Oktoboisten brachten eine Gesetzesvorlage ein, betreffend die Einführung einer besonderen Schiffswehrpflicht nach westeuropäischem Muster, kraft derer zu Kriegszeiten alle privaten See- und Flußfahrzeuge zu Kriegsbedürfnissen verwandt werden können